



**ERKLÄRUNG DES FORUMS BILDUNGSPOLITIK IN BAYERN  
ZUR SICHERSTELLUNG DER UNTERRICHTSVERSORGUNG**

**PÄDAGOGISCHE PRINZIPIEN UND SCHULPOLITISCHER KOMPROMIß**

1. Die aktuelle und künftige Schulpolitik ist geprägt von einem empfindlichen Lehrermangel. Sowohl Parlamentarier der Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag als auch die Staatsregierung stellen derzeit Überlegungen an, den Lehrermangel u. a. durch Kürzungen im Bereich der Stundentafel zu beseitigen. Auf diesem Hintergrund legt das "Forum Bildungspolitik in Bayern", in dem 16 Schüler-, Eltern- und Lehrerorganisationen sowie jugendpolitisch engagierte Verbände zusammenarbeiten, folgende Stellungnahme vor.
2. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den nächsten Jahren in noch größerem Ausmaß steigen als nach bisherigen Prognosen angenommen wurde. Gleichzeitig nehmen auch die Bildungsaufgaben sowie die Erwartungen an die unterrichtlichen und pädagogischen Leistungen der Schule ständig zu.

So müssen neben der Persönlichkeitsbildung und Elementen sozialen Lernens verstärkt neue Schlüsselqualifikationen vermittelt werden. Über die Förderung von Wissen und Können hinaus sind z. B. anzubahnen: Informationsverarbeitung, ein hohes Maß an Kreativität, Kritikfähigkeit, Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Kooperationsbereitschaft. Gleichzeitig wächst der Schule ein erweiterter, z. T. völlig neuer pädagogischer Auftrag zu: Die Familie und Gesellschaft befindet sich in einem dramatischen Wandel, Lehrer und Erzieher sind konfrontiert mit der Brüchigkeit familiärer und menschlicher Bindungen, mit sozialen Spannungen, mit großen Migrationsbewegungen, mit

einem sich verschärfenden Wohlstandsgefälle, mit zunehmender Gewaltbereitschaft, mit Defiziten sozialen Lernens und mit einem veränderten Wertebewußtsein. Auf diesem Hintergrund müssen Lehrerinnen und Lehrer vermehrt persönliche Betreuungs- und Beratungsarbeit leisten.

3. Die Schule ist die einzige Institution, die von allen Kindern und Jugendlichen über viele Jahre hinweg durchlaufen wird. In ihr werden den Kindern und Jugendlichen entscheidende Grundlagen für das spätere Leben vermittelt. Insofern muß die Schule vor allem den neuen sozialen, ökonomischen, ökologischen und pädagogischen Herausforderungen gewachsen sein. Sie muß den erhöhten Bildungsbedürfnissen junger Menschen und den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen gerecht werden. Es ist offenkundig, daß die Schule einen herausragenden Beitrag zur Lebensbewältigung, zur Daseinsvorsorge und zur Gestaltung eines humanen Gemeinwesens leistet.

Damit die Schule den erhöhten Ansprüchen junger Menschen und der Gesellschaft gerecht werden kann, bedarf es vor allem angemessener personeller und sachlicher Voraussetzungen, aber auch alternativer Lernformen.

Prinzipiell erlaubt die pädagogisch-kritische Situation weder Kürzungen im Bildungsangebot noch in der erzieherischen Zuwendung. Jede Beschneidung der unterrichtlichen und pädagogischen Versorgung bedeutet eine Schädigung junger Menschen. Auch das dem Wirtschaftsleben eigene Kosten-Nutzen-Denken wird der schulischen Gesamtverantwortung nicht gerecht. Dieses erfaßt vor allem nicht die Komplexität des Bildungsprozesses und der Persönlichkeitsentwicklung.

4. Das Forum Bildungspolitik vertritt als Bündnis für eine bessere Schule offensiv unverrückbare pädagogische Prinzipien. Es ist sich andererseits auch bewußt, daß der Handlungsrahmen der öffentlichen Haushalte aufgrund der ökonomischen Entwicklung und der Finanzierungsprobleme

der deutschen Einheit eng gesetzt ist. Das Dilemma ist offensichtlich: Es geht sowohl um die Verantwortung vor dem einzelnen Schüler als auch um die politische Mitverantwortung für das Gelingen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Einheit Deutschlands als geschichtliche Aufgabe. In dieses Grundverständnis ordnet das Forum Bildungspolitik in Bayern das Problem der Unterrichtsversorgung für die nächsten Jahre ein. Angesichts dieser finanziellen Engpässe und gesamtgesellschaftlicher Verpflichtungen weiß das "Forum Bildungspolitik in Bayern" zu unterscheiden zwischen pädagogisch geforderten Verhältnissen und dem in der gegenwärtigen geschichtlichen Phase Finanzierbaren. Es sucht deshalb auch eine schulpolitische gemeinsam vertretbare Lösung und ist durchaus zu schmerzlichen, allerdings zeitlich begrenzten schulischen Einschränkungen bereit.

5. Unter diesem Aspekt erklärt sich das "Forum Bildungspolitik in Bayern" bereit, folgende Maßnahmen mitzutragen:
  - a) Die Stundentafeln aller Jahrgangsstufen und aller Schularten werden für eine begrenzte Zeit im Umfang von einer Unterrichtsstunde gekürzt.
  - b) Die Kürzung der Stundentafel wird nicht pauschal bzw. für ein einzelnes Unterrichtsfach seitens des Kultusministeriums vorgenommen. Sie muß ausgewogen sein und darf nicht einzelne Fächer oder Fächergruppen überproportional treffen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß die musisch-, kreativ-, weltanschaulich- und sozialorientierten Fächer nur bedingt beschnitten werden.
  - c) Die Lehrplaninhalte sind entsprechend zu reduzieren.
  - d) Bei der Kürzungsverordnung wird der Zeitraum exakt festgelegt unter der Maßgabe, daß im Falle einer eventuell notwendigen Weiterführung der Kürzung der Stundentafel darüber neu verhandelt und entschieden werden muß.

- e) Die Entscheidung über Kürzungsmaßnahmen soll jede einzelne Schule in eigener Verantwortung treffen. Diese Vorgehensweise sollte zunächst erprobt werden und nach dem ersten Durchlauf auf ihre Brauchbarkeit hin beurteilt werden.

Die Entscheidungsbefugnis der einzelnen Schule wird den sachlichen und fachlichen Gegebenheiten und Kompromißmöglichkeiten vor Ort am ehesten gerecht, ist flexibel und revisionsfähig. Sie enthebt die Landespolitik und das Kultusministerium einer landeseinheitlichen Kürzungsmaßnahme, auch im Blick auf Streichungen im Lehrplan. Es wäre wünschenswert, in die Entscheidung der Schule das "Schulforum", also die Schüler- und Elternvertretungen entsprechend einzubeziehen.

6. Durch den vorgeschlagenen Kompromiß können Stundenkapazitäten frei werden, die über den aktuellen Bedarf hinausgehen. Solche Kapazitäten an Lehrerstunden sollten speziell für pädagogische Verbesserungen in der Schule verwendet werden, z. B. auch für verschiedene Angebote ganztägiger Betreuung; im Sonderschulbereich darüber hinaus für Diagnostik, Förderung und Therapie, sowie für Frühförderung und mobile sonderpädagogische Dienste. Im übrigen dürfen im Blick auf Schulen in privater Trägerschaft die Mittel nicht gekürzt werden. Obwohl Eltern dort einen hohen finanziellen Beitrag leisten, ist die Situation der Schulen in freier Trägerschaft bereits äußerst angespannt.
7. Das "Forum Bildungspolitik in Bayern" bietet im Blick auf die problematische Entwicklung der nächsten Jahre weiterhin seine Gesprächsbereitschaft gegenüber Politik und Verwaltung an.

München, 16. Februar 1993